

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

seit **zweieinhalb Jahren** sind wir **FREIE WÄHLER** jetzt im Landtag in **Regierungsverantwortung**. **Zeit für uns, ein Fazit zu ziehen!**

Und darauf können wir stolz sein: mit unserer pragmatischen, bodenständigen und verlässlichen Politik haben wir einige beachtliche Erfolge errungen.

Vergangenen Freitag stellten deshalb im Rahmen einer live übertragenen Pressekonferenz unser Fraktionsvorsitzender **Florian Streibl**, der Parlamentarische Geschäftsführer **Dr. Fabian Mehring** sowie die drei Staatsminister der FREIEN WÄHLER

Hubert Aiwanger, Prof. Dr. Michael Piazzolo und **Thorsten Glauber** unsere Bilanz der vergangenen zweieinhalb Jahre vor: **Es ist #FaktenZeit!**



#FaktenZeit

Wir liefern, was wir versprechen.



Pressekonferenz
#FaktenZeit
Die Halbzeitbilanz der
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

#FaktenZeit – die Halbzeitbilanz der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Vom Sonderprogramm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder, über den Einschulungskorridor, eine eigene Wasserstoffstrategie und ein bayerisches Klimaschutzgesetz bis hin zu einer Landarztquote im Medizinstudium: **Seit ihrem Einzug in die Bayerische Staatsregierung vor zweieinhalb Jahren hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit ihrer sachorientierten und bodenständigen Politik beachtliche Erfolge vorzuweisen.**

Aus der Opposition in die Regierung, über die Rettung der Bienen zum Kämpfer gegen die Corona-Pandemie: Das ist die Regierungsmetamorphose von uns FREIEN WÄHLERN. Als wir 2018 den Koalitionsvertrag beschlossen, den wir nunmehr erfolgreich abarbeiten, wussten wir nicht, welche Herausforderungen auf die Bayernkoalition zukommen würden. Zuerst galt es, das Artenschutz-Volksbegehren mittels eines eigenen Gesetzes zu verbessern und auf tragfähige Beine zu stellen. Dann folgte die Corona-Pandemie, die den Freistaat seit über einem Jahr in ihren Klauen hält. **Regieren heißt, die Herausforderungen der Gegenwart annehmen und meistern.** Gerade jetzt in der Krise zeigt sich die Qualität der Koalition, die zum Wohle Bayerns nicht davor zurückschreckt, immer wieder aufs Neue um den besten Weg aus der Pandemie zu ringen und zu streiten. Wir in Bayern nehmen unsere Verantwortung ernst und haben das in den letzten Jahren auch unter Beweis gestellt.

Wir haben uns von Beginn an für die Anliegen der Bürger stark gemacht, die zu lange auf der Strecke geblieben waren. Wir haben nach der Abschaffung der Strabs eine gute und bürgerfreundliche Regelung für den kommunalen Straßenbau geschaffen und den Ausbau der erneuerbaren Energien auf eine neue Stufe gestellt – vor allem durch einen massiven Zubau bei Photovoltaik. Die FREIEN WÄHLER machen Politik ohne ideologische Scheuklappen. Mit unserer Innovationsagenda sichern wir unseren Kindern eine gute Zukunft und versöhnen Wirtschaft mit Umwelt: So fördern wir **Wasserstoff und Bioökonomie**, damit Bayern in diesen Wachstumsfeldern an die Spitze kommt. Im **Handwerk fördern wir Bildung und Digitalisierung**. Und im Bereich der digitalen Infrastruktur kümmern wir uns darum, die Löcher im Mobilfunknetz zu schließen. Zudem haben wir entscheidend dabei mitgeholfen, Bayern sicher durch die Corona-Pandemie zu führen: Als Corona uns 2020 unvorbereitet traf, hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger binnen weniger Tage schnell eine

bayerische Produktion von Schutzmasken und Desinfektionsmitteln organisiert. **Wir haben deutschlandweit das allererste Hilfsprogramm für Unternehmen aufgesetzt und zahlen bis heute die Gelder am schnellsten aus.** „Anpacken mit Zuversicht“ ist unser Gegenentwurf zu „alles Zusperrern“. Zudem halten wir unsere Versprechen: Beim Flächensparen haben wir geliefert. Die Steuererhöhung für Grundbesitzer in Form einer bayerischen Grundsteuer C haben wir verhindert. Unser „Nein“ zur dritten Startbahn am Münchner Flughafen steht. Wir regieren mit gesundem Menschenverstand. Das tut Bayern gut.

Die digitale Bildung hat durch die Corona-Pandemie einen echten Schub erfahren. Es sind tausende zusätzliche digitale Klassenzimmer entstanden, die Lehrer umfassend geschult und die Sachaufwandsträger mit über 92,8 Millionen Euro zur Beschaffung schulischer IT-Ausrüstung unterstützt worden. **Damit haben wir die Grundlagen für ein funktionierendes Home Schooling geschaffen, um so auch weiterhin allen Schülerinnen und Schülern gleiche Bildungschancen zu eröffnen.** Bei allen getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen stehen die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund. **Wichtig ist, dass sich die Schüler bei der Rückkehr in den Präsenzunterricht wohl und sicher fühlen.** Wir haben deshalb die Testmöglichkeiten an den Schulen deutlich ausgeweitet und sorgen mit klaren sowie verbindlichen Konzepten für eine durchdachte, schrittweise Rückkehr in die Schulen.

Beim Umwelt- und Klimaschutz bestimmten drei eng miteinander verknüpfte Existenzthemen die politische Agenda der Landtagsfraktion: Artenvielfalt erhalten, Klimawandel meistern und Wasserversorgung sichern. Wir haben bereits viel geleistet, um den Freistaat zukunftssicher aufzustellen: Das „Volksbegehren Plus“ hat ein neues Zeitalter beim Artenschutz eingeleitet. Unser Klimaschutzgesetz gibt einen ambitionierten und dynamischen Weg vor: bis spätestens 2050 wird Bayern klimaneutral. Wenn EU und Bund die Klimaziele anheben, wird Bayern mitziehen. Mit Blick auf die Folgen des Klimawandels ist es außerdem unerlässlich, die Wasserversorgung überall in Bayern sicherzustellen – in bester Qualität und für alle verfügbar. **Mit dem Projekt Wasserzukunft Bayern 2050 gehen wir dieses Thema umfassend an.** Auch für die Landwirte braucht es kluge Strategien, denn diese leiden stark unter Klimawandel und Trockenheit. Wir setzen dabei besonders auf klimatolerante Nutzpflanzen, effiziente Bewässerungssysteme und intelligente Wasserspeicher. **Denn Wasser muss für ganz Bayern dauerhaft, in ausreichender Menge und hoher Qualität zur Verfügung stehen.**

Als wir vor zweieinhalb Jahren in Bayerns Staatsregierung eingetreten sind, wurde uns vielfach das Schicksal der FDP prognostiziert, die während ihrer Regierungsbeteiligung von der CSU erdrückt und anschließend aus dem Parlament gewählt wurde. Obwohl wir mit der Corona-Krise die größte Herausforderung der Nachkriegszeit zu meistern haben, konnten wir FREIE WÄHLER uns stattdessen erfolgreich als Taktgeber unserer Bayernkoalition etablieren. So hat die von der jahrzehntelangen Alleinregierung ermüdete „Herzkammer“ der CSU in den FREIEN WÄHLERN ihren Schrittmacher gefunden. **Unser Erfolgsrezept besteht darin, uns nicht nur mit der CSU ins Bett zu legen, sondern ihr – wenn nötig – auch einmal die Decke wegzuziehen. Je mehr unsere Partner dabei nach links rutschen und auf einem grünen Kopfkissen von Berlin träumen, desto mehr Platz wird für uns in der Mitte der bayerischen Matratze frei.** So konnten sich die FREIEN WÄHLER erfolgreich als bürgerlich-liberale Alternative zu rechten Spinnern und grünen Ideologen etablieren. Spätestens im Hinblick auf das geplante Bundesinfektionsschutzgesetz sind wir zum Anwalt bayerischer Interessen geworden, der den Freistaat und seine Menschen gegenüber Berliner Übergrifflichkeiten verteidigt. Dank dieser Alleinstellungsmerkmale werden wir in Bayern auf Dauer mitregieren und von hier aus den Sprung in den Bundestag schaffen.

#FaktenZeit

Die Halbzeitbilanz der
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Pressekonferenz mit:
Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender
Dr. Fabian Mehring, Parlamentarischer Geschäftsführer
Hubert Aiwanger, stv. Ministerpräsident u. Wirtschaftsminister
Prof. Dr. Michael Piazzolo, Kultusminister
Thorsten Glauber, Umweltminister

Pressekonferenz verpasst?
Jetzt auf YouTube ansehen!

**Wir liefern,
was wir versprechen.**

Die gesamte Pressekonferenz können Sie sich auf YouTube ansehen.
[Hier geht´s lang!](#)

Infektionsschutzgesetz: Nein zur Kompetenzverlagerung nach Berlin!

Es ist ein Affront gegen die Landesparlamente und ein Rückschritt in der Pandemiebekämpfung. Die FREIE WÄHLER-Fraktion hat bereits am 11. April und zusätzlich am 13. April nochmals ausdrücklich vor einer Verlagerung der Entscheidungsgewalt über Bayerns Corona-Politik nach Berlin gewarnt. Über ein Jahr lang haben wir im Bayerischen Landtag in teils hitzigen Debatten um die beste Lösung für die Menschen im Freistaat gerungen und unseren Maßnahmenkatalog hochflexibel immer wieder den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die geplante Kompetenzverlagerung nach Berlin ist deshalb nicht nur ein Affront gegen die Landesparlamente, sondern auch ein Rückschritt in der Pandemiebekämpfung. Der Bund verpasst den Ländern damit ein starres Regel-Korsett – ohne Möglichkeit, passgenaue Lösungen für Gesellschaft und Wirtschaft zu entwickeln.

Ob Impfdesaster, Testdebakel oder das Chaos um die Osterruhe: **Keine politische Ebene hat im Kampf gegen Corona mehr Fehler gemacht als der Bund. Durch dieses Berliner Versagen ist viel Vertrauen verloren gegangen, auf das die Politik angesichts der aktuellen Herausforderungen dringend angewiesen ist.** Wir glauben nicht, dass man Vertrauen ausgerechnet dadurch zurückgewinnt, indem nun noch mehr Verantwortung auf den Bund übertragen wird. Stattdessen würde bei vielen Menschen der Eindruck entstehen, dass man nun sprichwörtlich den Bock zum Gärtner macht. Stattdessen sehen wir gerade im **Föderalismus eine große Chance für die Pandemiebewältigung.**

Die Pandemie verläuft in den einzelnen Regionen Deutschlands teils sehr unterschiedlich. Gerade die föderale Struktur erlaubt es uns, auf diese regionalen Abweichungen adäquat und flexibel zu reagieren. Deutschlands großer Vorteil liegt doch gerade darin, dezentral verschiedene Konzepte zu erproben und Bewährtes flächendeckend anzuwenden. Das belegten nicht zuletzt nackte Zahlen: Während die Bundesrepublik mit ihren 83 Millionen Einwohnern – schlimm genug – 78.000 Corona-Tote zu beklagen hat, sind im nur 67 Millionen Einwohner umfassenden Zentralstaat Frankreich fast 100.000 Menschen an COVID19 gestorben.

Wir FREIE WÄHLER im Landtag zeigen indes Verständnis für den Koalitionspartner, der angesichts seiner Regierungsbeteiligung im Bund sowie der nahenden Bundestagswahl im Herbst gezwungen ist, sich den Wünschen aus Berlin stärker zu beugen, als man das von der CSU bislang

gewohnt war. Weil wir FREIE WÄHLER diesen Handlungszwängen nicht unterliegen, erlauben wir uns umso mehr, auf unser Land und seine Menschen zu schauen und Bayerns Interessen vor einem Durchregieren aus Berlin zu schützen. **Der erfolgreiche bayerische Weg darf jetzt nicht aus taktischen Gründen verlassen werden, um letztlich im Berliner Chaos unterzugehen.** Wir brauchen keinen Berliner Oberschiedsrichter, der uns von der Spree aus sagt, wann und wo man in Bayern nach 21 Uhr noch ohne seinen Hund vor die Haustüre gehen darf.

Im Zuge dieser Entwicklungen plant die Bundesvereinigung der FREIEN WÄHLER eine Verfassungsbeschwerde gegen die Zentralisierung und Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes. Die Länder sind besser als der Bund in der Lage, vor Ort sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Dies betrifft die Bundes-Notbremse und eine ab 21 Uhr geltende Ausgangssperre.

Soziale Berufe stärken - Wo es um Menschen geht, muss besser bezahlt werden



Thema der Aktuellen Stunde des Landtags am Donnerstag war die Stärkung sozialer Berufe: All das, was Menschen für Menschen in der Pflege leisten, ist nicht selbstverständlich: Menschlichkeit hat ihren Wert – und der ist hoch, sehr hoch. Berufe, bei denen es um Menschen geht, müssen deshalb endlich **angemessen bezahlt werden und sollen eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.** Die FREIE WÄHLER-Fraktion setzt sich daher schon seit

Oppositionszeiten nachdrücklich für die **Aufwertung sozialer Berufe** in ganz Deutschland ein – in Regierungsverantwortung stärken wir in unserer Zuständigkeit **drei zentrale Säulen: Pflege, Hebammen sowie Erzieherinnen und Erzieher.**

Mindestbesteuerung für international tätige Konzerne

Steuerdumping bei Multis muss ein Ende haben! Internetgiganten wie Google, Facebook oder Amazon profitieren bislang von weltweit uneinheitlichen Steuerregelungen. **Jetzt sollen sich Bund und EU stärker dafür einsetzen, dass die vielfach praktizierte Flucht in Länder mit geringer Abgabenlast unterbunden und eine länderübergreifende Mindestbesteuerung für international agierende Großkonzerne eingeführt wird** – dafür machte sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mittels eines **Dringlichkeitsantrags am Donnerstag im Plenum** stark.

In einer globalisierten und zunehmend digitalisierten Welt benötigen wir ein faires Steuersystem. Das funktioniert am besten mit einem einheitlichen Bewertungsmaßstab für die Besteuerung von multinationalen Konzernen –



idealerweise auf Ebene der G20 oder der OECD. Berlin und Brüssel müssen eine globale Lösung jetzt mutig vorantreiben. **Das unsägliche Steuerdumping der Multis muss rasch ein Ende haben**, um für einen gerechten Wettbewerb zu sorgen. Sonst hätten Europa und die Bundesrepublik als konkurrenzfähige Wirtschaftsstandorte über kurz oder lang das Nachsehen. Wichtig ist, dem globalen Steuerwettbewerb mittels Mindestbesteuerung eine Untergrenze zu setzen, damit einzelne Länder nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Denn bislang nutzen Multis Länder mit massiven Steuervorteilen, um die Abgaben auf ein Minimum zu beschränken. In der EU sind das insbesondere Irland, Luxemburg und die Niederlande. **Der Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion sieht vor, dass jeder Staat bei der Ausgestaltung seines nationalen Steuerrechts autonom bleibt.** Andere Staaten sollen aber das Recht erhalten, den Differenzbetrag bis zum Mindestbesteuerungsniveau anzuheben. Wir sehen angesichts des Regierungswechsels in den USA durchaus Chancen für einen transatlantischen Kompromiss bei der Besteuerung finanzstarker Großkonzerne.

Anrechnung klimaneutral erzeugter Kraftstoffe auf CO₂-Flottenbilanz

Klimaschutz durch Technologieoffenheit: Gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner forderte die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion am Donnerstag in einem Dringlichkeitsantrag, **dass sich die Staatsregierung in Berlin und Brüssel für die Anrechnung klimaneutral erzeugter Kraftstoffe auf die europäische CO₂-Flottenbilanz einsetzt.**

Die EU-Kommission wird voraussichtlich im Sommer neue Vorschläge zur Verschärfung der Kohlenstoffdioxid-Grenzwerte machen. Um die Klimaziele der Europäischen Union zu erreichen, müssen sämtliche technischen Möglichkeiten im Blick behalten werden. **Daher sollten wir uns nicht nur auf Benzin, Diesel, Wasserstoff und Strom beschränken, sondern auch alternative Kraftstoffe in den Fokus nehmen.** Die EU-Richtlinie aus Brüssel behandelt Elektroautos aktuell, als würden sie keinerlei Treibhausgas freisetzen. Dies ist aber nicht der Fall und sorgt dafür, dass die Hersteller derzeit möglichst viele Stromer auf den Markt bringen. Denn nur so können sie überhaupt die strengen CO₂-Flottengrenzwerte einhalten. Bei deren Überschreitung drohen den Konzernen Strafzahlungen bis in den Milliardenbereich. **Wir sehen außerdem in Biogas aus heimischen Rohstoffen großes Potenzial zur sofortigen Senkung des Treibhausgasausstoßes durch Autos.** Biogas ist aber lediglich ein Beispiel. Alternative Kraftstoffe nur darauf zu reduzieren, wäre zu kurz gedacht und würde nachteiligen Konkurrenzen um Biomasse und Ackerflächen Vorschub leisten. Aus diesem Grund **muss die EU alle klimaneutral erzeugten Treibstoffe bei der CO₂-Flottenregulierung ins Auge fassen.**



Bundesverfassungsgericht kippt Berliner Mietendeckel

So etwas passiert, wenn Regierungen an der Macht sind, die keine Ahnung haben, wie eine Marktwirtschaft funktioniert – aber im Unternehmer ein ideologisches Feindbild sehen. Denn die von den Initiatoren des Berliner Mietendeckels vorgesehene Kappung der Mieten hat die Lust an Investitionen am Wohnungsmarkt in der Bundeshauptstadt rasch auf null reduziert. Der Wohnungsmarkt steht und fällt mit dem Engagement privater Investoren. Einzig die Schaffung von mehr Wohnraum kann eine Trendwende bei den Mieten einleiten. **Deshalb haben wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag uns auch erfolgreich dafür starkgemacht, die Bayerische Bauordnung zu entschlacken, um Baugenehmigungsverfahren zu erleichtern und zu beschleunigen.** Der Richterspruch aus Karlsruhe zeigt zudem, dass es vollkommen richtig war, auf einen bayerischen Mietendeckel abzielende Dringlichkeitsanträge von SPD und Grünen abzulehnen.

Stärkere Elektrifizierung des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern

Am Mittwoch wurde im Landtag unser Antrag zum Thema Elektrifizierungsoffensive für den Schienenpersonennahverkehr in Bayern im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr verhandelt. **Ökologisch reisen und nachhaltig mobil sein – das ist uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag ein Herzensanliegen.** So hat der Freistaat als erstes Bundesland ein Elektrifizierungskonzept beschlossen. Wir wollen damit den

Elektrifizierungsgrad im bayerischen Schienennetz auf mindestens 60 Prozent steigern. Aktuell arbeiten wir gemeinsam mit der Staatsregierung daran, dass **spätestens ab dem Jahr 2040 im bayerischen Schienenpersonennahverkehr keine Fahrzeuge mehr mit Dieselantrieb verkehren.** Im Hinblick auf alternative Antriebe hat der Freistaat als einer der ersten Aufgabenträger bundesweit zwei Linien für



den Einsatz von Wasserstoffzügen ab Ende 2024 ausgeschrieben. All diese Ergebnisse freuen uns sehr und wir werden uns auch weiterhin für eine nachhaltige Mobilität in Bayern stark machen!

Blickpunkt B@yern – Prädator versus Teichwirt

Kennen Sie schon unser neues Online-Format Blickpunkt B@yern? Falls nicht: wir veranstalten regelmäßig digitale Talkrunden zu den unterschiedlichsten Themen, die Bayern bewegen. Seien auch Sie das nächste Mal live dabei! Am Dienstag war es wieder soweit, unser Format ging in seine zweite Runde: „**Blickpunkt B@yern: Prädator versus Teichwirt – Fischerei und Teichwirtschaft in Bayern**“.



Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und fischereipolitische Sprecherin Gabi Schmidt begrüßte zu dem Online-Event **Bernhard Feneis**, Präsident Verband der deutschen Binnenfischer und Aquakultur e.V., sowie **Dr. Sebastian Hanfland**, Geschäftsführer Landesfischereiverband Bayern e. V. Die Gesprächsleitung hatte

Dr. Rudolf Neumaier, Redakteur der Süddeutschen Zeitung.

Die jahrhundertealte bayerische Teichwirtschaft hat nicht nur eine einzigartige Kulturlandschaft geschaffen, sondern auch bedeutende Ökosysteme für viele Tierarten, die im Wasser sowie an Land außergewöhnliche Lebensräume besetzen. Für den langfristigen Erhalt dieser fragilen Habitats ist es notwendig, dass die Bewirtschaftung der Teiche dauerhaft erhalten bleibt und Gleichgewicht gewahrt werden muss. Deshalb müssen wir zukünftig einen **Umgang mit Prädatoren finden, der den Bedürfnissen von Teichwirtschaft und Artenschutz in gleichem**



Maße Rechnung trägt. Denn ständiger Prädatorendruck stellt hinsichtlich des Tierwohls eine nicht zu verantwortende Beeinträchtigung dar. In Bayern sind Fische besonders belastet, weil sie häufig in kleinen Teichen leben. So können sie sich vor

Fressfeinden nicht in einen genügend großen Abstand zum Ufer retten. Die Bedrohung durch Otter hat dabei eine völlig neue Qualität – verglichen mit der durch Kormorane und Reiher. **Aufgegebene Teiche können allerdings nicht zurückgeholt werden. Sie sind für die Rettung schützenswerter Arten der ‚Roten Liste‘ zugunsten einer nicht bedrohten Tierart verloren.** Das Fatale daran ist, dass die hochwertigsten Flächen im Sinne des Artenschutzes nur durch eine traditionelle Teichwirtschaft erhalten werden können. Bedauerlicherweise sind diese Flächen jedoch am stärksten bedroht und erfahren keinerlei Schutz. Die finanzielle Förderung fischleerer Teiche ist in diesem Zusammenhang keine Lösung. Hinsichtlich des Erhalts dieser Flächen ist daher ein grundsätzliches Umdenken erforderlich.

Neugierig geworden? Hier können Sie unsere **neueste Ausgabe von Blickpunkt B@yern** bei [Facebook](#) oder [YouTube](#) noch einmal ansehen.

Gegen Fachkräftemangel in Arztpraxen

Mit einem **gezielten Antragspaket haben wir uns mit unserem Koalitionspartner dafür eingesetzt, dass der Beruf der Medizinischen Fachangestellten (MFA) künftig mehr Wertschätzung erfährt.** Das



Antragspaket wurde am 12. April auf einer gemeinsamen Pressekonferenz präsentiert und einen Tag später im Gesundheitsausschuss beraten. Ziel ist es, den drohenden Fachkräfteengpass insbesondere in Arztpraxen zu verhindern. Obwohl eine Ausbildung zur MFA grundsätzlich sehr beliebt ist, sind die Lehrverträge im Schuljahr 2019/2020 um 5,5 Prozent zurückgegangen. Zudem wurden allein in Bayern im Jahr 2016 mehr als 1.050 Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst. **Nach fünf Jahren waren nur noch rund 60 Prozent der MFA in diesem Berufsfeld tätig.**

Das Antragspaket setzt genau hier an, um insbesondere auch die Bezahlung der MFA zu verbessern: Hier soll auf Bundesebene erreicht werden, **dass die Tarifabschlüsse der Medizinischen Fachangestellten im ambulanten Bereich vollständig von den Kostenträgern refinanziert werden. Darüber hinaus sollen ambulante Tätigkeiten, die durch qualifizierte MFA erbracht werden, flächendeckend in den Leistungskatalog der Krankenkassen übernommen werden.** Da die

„Bundesverordnung über die Berufsausbildung zur Medizinischen Fachangestellten“ aus dem Jahr 2006 stammt, besteht auch hier nach Ansicht der Regierungsfractionen dringender Reformbedarf. So sollen sich die Inhalte der Ausbildung künftig wieder stärker an der aktuellen Versorgungsrealität orientieren.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung sollen Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet und so die Attraktivität des Berufsbilds gesteigert werden. Weiters ist im Bereich der Ausbildung vorgesehen, genau zu evaluieren, wie sich die Zahl der MFA-Schüler an bayerischen Berufsschulen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat, um künftig ausreichend Ausbildungsplätze und Berufsschullehrkräfte verfügbar zu haben. **Auch sollen digitale Anwendungen in den Schulen weiter verbessert und die Unterrichtsinhalte praxisnäher ausgestaltet werden,** um Auszubildenden den Umgang mit gängiger Praxissoftware zu vermitteln. Nötig ist hierfür eine **adäquate technische und personelle Ausstattung der Berufsschulen.** Zudem setzen sich die Regierungsfractionen dafür ein, das betriebliche Gesundheitsmanagement in ambulanten Praxen auszubauen und auch für Medizinische Fachangestellte besser nutzbar zu machen. Aus Praxis-Sicht ist das Antragspaket wichtiger denn je. Es gibt immer weniger gute und qualifiziert ausgebildete MFAs auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen aus dem Gesundheitswesen in andere Berufsfelder.

Impressum

Bürgerbüro Roland Weigert, MdL
Münchener Str. 24 | 86633 Neuburg a.d. Donau
Tel. 08431-6463270 | buengerbuero@weigert-mdl.de